

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Dr. Thomas Lange / apl. Prof. Dr. Dr. Jörg Tremmel
Mannspergerstr. 29
70619 Stuttgart

Naumburg, 28. April 2026

Ihre Anfrage zur Reform der Altersversorgung der Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr Dr. Lange, sehr geehrter Herr Prof. Tremmel,
sehr geehrtes Projektteam der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen,

vielen Dank für Ihre Anfrage und für Ihr beharrliches Engagement in einer Frage, die im öffentlichen Bewusstsein deutlich mehr Raum verdient: das Verhältnis zwischen der Altersversorgung der Abgeordneten und derjenigen der Menschen, die sie repräsentieren sollen.

Ich beantworte Ihre beiden Fragen klar und ohne Umweg: **Ja**. Ich bin dafür, dass der 9. Landtag von Sachsen-Anhalt in den ersten sechs Monaten der neuen Legislaturperiode eine Systemumstellung der Altersversorgung für Abgeordnete auf den Weg bringt. Und **ja** – sollte ich in den 9. Landtag einziehen und der vorgelegte Gesetzentwurf zur Abstimmung kommen, werde ich ihm zustimmen.

Zur Sache

Die geltende Regelung in § 18 Abgeordnetengesetz Sachsen-Anhalt mit einem Steigerungssatz von 3 Prozent pro Mandatsjahr ist sachlich nicht zu rechtfertigen. Sie liegt über dem Niveau des Bundestages und erzeugt nach zwei Legislaturperioden einen Versorgungsanspruch, der mehr als das Dreifache dessen beträgt, was eine Arbeiterin oder ein Angestellter mit vergleichbarem Bruttoeinkommen über zehn Jahre an Rentenansprüchen erwerben kann. Sie ist abgekoppelt von Demografie, Zinsniveau und allen anderen Faktoren, die die Altersvorsorge der Wählerinnen und Wähler bestimmen. Wer Politik für die Mehrheit machen will, kann diese strukturelle Sonderstellung nicht verteidigen – schon gar nicht in einem Bundesland, in dem die durchschnittlichen Renten zu den niedrigsten in Deutschland gehören.

Hinzu kommt das Argument der Periodengerechtigkeit, das Sie zu Recht in den Mittelpunkt rücken: Ein Vorsorgebeitragsmodell wird aus dem laufenden Haushalt finanziert. Das jetzige Pensionsmodell hingegen schiebt erhebliche Versorgungslasten in zukünftige Haushalte und damit auf zukünftige Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das ist nicht nur fiskalisch unsauber, es ist auch generationenpolitisch unfair.

Zur Anschlussfähigkeit an unser Wahlprogramm

Ihr Vorschlag passt zu der Position, die Die Linke in ihrem Bundeswahlprogramm vertritt: Wir treten für eine Erwerbstätigenversicherung ein, in die alle Erwerbstätigen einzahlen – auch Abgeordnete, auch

Beamte, auch Selbständige. Das von Ihnen vorgeschlagene Vorsorgebeitragsmodell nach dem Vorbild Sachsens ist zwar noch keine vollständige Erwerbstätigenversicherung, weil es weiterhin den Weg in eine private oder berufsständische Vorsorge offenlässt. Es ist aber ein klarer Schritt in die richtige Richtung – und in der Praxis der erste umsetzbare. Persönlich würde ich es bevorzugen, dass der gesamte Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung fließt, ohne Ausweichoption. Ich bin jedoch bereit, dem vorliegenden Entwurf als pragmatischen Reformschritt zuzustimmen, statt das Bessere zum Feind des Guten zu machen.

Zum Zeitpunkt

In der bisherigen Diskussion wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass Reformen der Abgeordnetenversorgung sinnvollerweise zu Beginn einer Wahlperiode beraten werden – also genau in dem Fenster, das Ihre Anfrage adressiert. Ich teile diese Einschätzung. Die ersten Monate einer neuen Legislaturperiode sind das politisch glaubwürdige Fenster: bevor sich neue Versorgungserwartungen verfestigen und solange das frische Mandat des Wählerwillens trägt. Wer das Fenster verstreichen lässt, riskiert, dass die Reform in der nächsten Legislaturperiode mit denselben Argumenten wieder vertagt wird. Ich werde mich daher dafür einsetzen, dass dieser Gesetzentwurf – oder ein im Kern vergleichbarer – innerhalb der ersten sechs Monate auf die Tagesordnung kommt.

Persönlich

Ich komme aus einem Berufsweg, der mit einer Lehre als Kommunikationselektroniker und mit Akkord-Schichten an einer Hotline begonnen hat. Heute arbeite ich als Data Scientist und bin ehrenamtlich im ver.di-Bezirksvorstand aktiv. Wer in diesem Umfeld täglich erlebt, wie hart Beschäftigte um faire Löhne und um auskömmliche Rentenansprüche kämpfen, dem ist eine pauschale Sonderregelung für eine politische Klasse weder zu erklären noch zu verteidigen. Ich will sie auch nicht verteidigen.

Für Rückfragen oder ein persönliches Gespräch – in Magdeburg, in Naumburg oder andernorts – stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen



Michael Scholz
Direktkandidat Die Linke – Wahlkreis 40 Naumburg